

# »Es wird Streiks in zehn Häusern geben«

Im Saarland kämpft ver.di für mehr Personal in den Kliniken. Arbeitsniederlegungen am Montag. **Gespräch mit Michael Quetting**

**I**n Saarländs Kliniken soll es mehr Pflegekräfte geben. Dafür kämpft Ihre Gewerkschaft derzeit: Alle 21 Kliniken des Bundeslands haben sie dazu aufgefordert, Tarifverträge abzuschließen, die Personalvorgaben festlegen. Um das zu erreichen, hätte es am Montag einen ersten Warnstreik geben sollen.

**Doch den sagten Sie kurzfristig ab. Weshalb?**

Bereits am 23. Januar gab es einen Streik, zu dem die Klinikbelegschaften jedoch nur Delegierte schickten. Nun riefen wir an mehreren Häusern die Beschäftigten selbst zum Warnstreik auf. Wir wollten die Arbeitsniederlegung aber nicht gleich auf alle Kliniken ausweiten. Vielmehr suchten wir uns jene Häuser aus, die es ihren Beschäftigten schwermacht hatten, an einer Demonstration für mehr Personal am 8. März teilzunehmen. Doch dann erklärten die Uniklinik des Saarlandes und die Häuser der Marien-Unternehmensgruppe sowie die Caritas Saarbrücken ihre Bereitschaft, Gespräche mit uns zu führen. Am Freitag vormittag erhielten wir dann von einem hochrangigen Vertreter des Kommunalen Arbeitgeberverbands Signale, dass man dort bereit sei, mit uns zu sprechen. In dem sind die kommunalen Kliniken organisiert. Wir wussten nicht, wie ernst wir das nehmen sollten. Doch wir sprachen mit den Beschäftigten und beschlossen, den Streikaufruf zurückzunehmen.

**Sehr ernst war das Angebot wohl nicht gemeint. Noch am selben Tag erklärte die Geschäftsführerin des Kommunalen Arbeitgeberverbands, Barbara Beckmann-Roh, dass man nicht mit Ihnen verhandeln werde.**

Das erfuhren wir nicht mal zwölf Stunden später. Wir hatten Kontakt mit einer anderen, im Arbeitgeberverband bedeutenden Person. Deren Namen werden wir nicht nennen. Aber wir hatten durchaus Grund anzunehmen, dass etwas in Bewegung gekommen war. Dazu muss man wissen: Der Kommunale Arbeitgeberverband ist seinerseits im Dachverband VKA organisiert – und der hat seinen Mitgliedern untersagt hat, über mehr Personal in den Kliniken zu verhandeln. Die Gesprächsbereitschaft hatte ich deshalb am Freitag als »Durchbruch« bezeichnet.

Nach dem Rückzieher hatten wir aber eine neue Situation. Als wir die am Samstag morgen bewerteten, war es zu spät, den Streikaufruf für Mon-

tag zu erneuern. Doch wir trafen uns am Montag mit mehr als 100 Tarifberatern und Tarifberaterinnen aus den Häusern. Mit ihnen haben wir entschieden, nun am kommenden Montag zu streiken. Voraussichtlich wird es in zehn Häusern – hauptsächlich solchen in kommunaler Hand – Arbeitskämpfe geben.

**Welchen Eindruck hat dieser Rückzieher des Kommunalen Arbeitgeberverbands bei den Beschäftigten hinterlassen?**

Sie fühlen sich verarscht. Während des Treffens mit den Tarifberatern wurde ganz unterschiedlich diskutiert. Doch am Ende sagten die Kollegen und Kolleginnen eindeutig: »Lasst uns erneut zum Streik aufrufen.« Wut und Enttäuschung wa-

ren da bestimmend. Man empfindet es als geringe Wertschätzung, dass die Gegenseite meint, dass man mit uns nicht mal über das Thema reden müsste. Denn das wäre ja das Mindeste. Allerdings löst sich das Problem ja nicht durch Sprechen allein. Eine Reihe von Kollegen warnt auch davor, das Thema Entlastung totzureden.

**Am 8. März hatte ver.di gemeinsam mit der Deutschen Krankenhausgesellschaft und dem saarländischen Gesundheitsministerium zu einer Demonstration für mehr Personal aufgerufen. Ging nicht auch das in die Richtung »totreden statt kämpfen«?**

Es war durchaus eine Frage, ob es richtig ist, mit der Krankenhausgesellschaft und der Ministerin gemeinsam zu demonstrieren. Aber unsere Überlegung war dabei folgende: Alles, was im Regierungslager oder unter den Arbeitgebern Differenzen hervorruft, wollen wir befördern. Gerade die Widersprüche unter den Klinikbetreibern wollen wir bewusst nutzen.

**Gehört zu diesen Widersprüchen auch, dass die Führungen einiger Häuser – darunter die der Uniklinik des Landes – mit Ihnen sprechen?**

Das hoffe ich zumindest. Aber das werden wir bewerten müssen, nachdem wir uns mit ihnen getroffen haben. Im Fall der Uniklinik tun wir das an diesem Mittwoch, da ist es durchaus möglich, dass wir auch ihre Belegschaft noch zum Streik aufrufen. Aber die Lage ist einfach so, dass wir verhandeln müssen. Den ordentlichen Streik können wir nur als letztes Mittel im Konflikt anwenden. Hielten wir es anders, dann würde uns das jeder Arbeitsrichter um die Ohren hauen. **Interview: Johannes Supe**



Michael Quetting ist ver.di-Sekretär im Fachbereich Gesundheit im Saarland



LEIFERIS PITRANS/AP PHOTO

**Newroz-Feier.** Am Dienstag wurde überall im Nahen und Mittleren Osten das Neujahrsfest Newroz gefeiert. In der kurdischen Metropole Diyarbakir (Foto) kamen Zehntausende Menschen zusammen, um den traditionellen Reigen Halay zu tanzen. Vor dem zentralen Festgelände hatte die türkische Polizei laut der Nachrichtenagentur *Firat* Spezialeinheiten und Wasserwerfer zusammengezogen. Die Feierlichkeiten standen in diesem Jahr im Zeichen der Nein-Kampagne für das am 16. April geplante Referendum für die Änderung der türkischen Verfassung in Richtung einer Präsidialdiktatur. (jw) ■ Siehe Seite 8

## Übergriffe und Gewalt

Studien: Geflüchtete Frauen und Kinder brauchen mehr Schutz in Heimen

**G**eflüchtete Frauen in Sammelunterkünften brauchen nach Einschätzung der Berliner Charité mehr Rückzugsräume und Schutz für sich und ihre Kinder. »Wir empfehlen eine separate Unterbringung alleinreisender Frauen«, heißt es in einer am Dienstag veröffentlichten Studie. In den Unterkünften seien »geschützte Rückzugsorte insbesondere für Frauen und Kinder« ebenso notwendig wie getrennte Sanitärräume für Männer und Frauen. Die Experten empfehlen, Frauen bei der Wohnungssuche mehr zu unterstützen und Spiel- und Lernmöglichkeiten für Kinder außerhalb des Wohnraums zu schaffen. Für die Studie wurden in fünf Bundesländern 639 geflüchtete Frauen aus Afghanistan, Eritrea, dem Iran, dem Irak, Somalia und Syrien über ihre Flucht, ihre Lebenslage und ihre Ziele befragt. Die

Wohnsituation erwies sich dabei als besonders belastend, über die Hälfte der Frauen empfand sie als schlecht oder sehr schlecht. Als Probleme genannt wurden sexuelle Übergriffe und Gewalt, fehlende Privatsphäre, mangelnde Hygiene in Duschen und Toiletten, Lärm, Diskriminierung und ein Klima der Respektlosigkeit. Etwa ein Drittel der Geflüchteten, die nach Deutschland kommen, sind Frauen und Mädchen. Öfter als Männer trügen Frauen alleine die Verantwortung für Kinder, heißt es in der Studie. Manche Familien würden auf der Flucht getrennt.

Auch die Studie »Kindheit im Wartezustand« des UN-Kinderhilfswerks UNICEF wurde am Dienstag in Berlin vorgestellt. »Sie warten auf eine Entscheidung über die Asylansprüche der Familie, auf den Arztbesuch, Zugang zu Schulen und Kitas und insbesondere

auf eine dauerhafte, geeignete Bleibe«, heißt es darin über die Jüngsten unter den Geflüchteten. Die Autoren der Studie stellten bei der Befragung von Mitarbeitern von Flüchtlingseinrichtungen fest, dass mehr als jeder fünfte Minderjährige über sechs Monate in einer Erstaufnahmeeinrichtung wohnen musste. Die Aufenthaltsdauer in den Gemeinschaftsunterkünften gab ein Drittel der Mitarbeiter mit ein bis drei Jahren an. Problematisch ist laut Studie vor allem eine gemeinsame Unterbringung von Familien zusammen mit alleinstehenden Männern. Eine Mutter berichtete den Autoren: »Es gibt einige im Heim, die Kinder angefasst haben.« Eine Nigerianerin sagte ihnen, sie habe das Gefühl, ihre siebenjährige Tochter »ständig beschützen zu müssen«, seit sie das Badezimmer mit drei jungen Männern teilen müssten. (dpa/jw)

## NACHRICHTEN

### UN: Alle Seiten an Syrien-Gesprächen beteiligt

**Genf.** An der diese Woche beginnenden neuen Runde von Friedensgesprächen zum syrischen Bürgerkrieg in Genf nehmen nach Angaben der Vereinten Nationen sowohl die Aufständischen als auch die syrische Regierung teil. Wie eine UN-Sprecherin am Dienstag in der Schweizer Stadt mitteilte, haben alle Teilnehmer der Verhandlungsrunde vom Februar für die kommende Runde ihr Kommen zugesagt. Vergangene Woche hatten einige Gruppen von Regierungsgegnern ihre Beteiligung an einer neuen Runde der parallellaufenden Friedensgespräche im kasachischen Astana verweigert. (AFP/jw)

### Frankreich: Ermittlungen gegen Minister

**Paris.** Der französische Innenminister Bruno Le Roux ist wegen der zeitweisen Beschäftigung seiner Töchter auf Parlamentskosten ins Visier der Justiz geraten. Die nationale Finanzstaatsan-

waltschaft leitete Vorermittlungen ein, wie die Behörde am Dienstag mitteilte. Der Ressortchef gilt als Vertrauter des scheidenden Staatschefs François Hollande und ist erst seit Dezember 2016 im Kabinett. Die Beschäftigung von Familienmitgliedern als parlamentarische Mitarbeiter ist in Frankreich grundsätzlich legal – jedoch nur, wenn diese auch tatsächlich arbeiten. (dpa/jw)

### »Stasi«-Aufarbeitung für immer gefordert

**Berlin.** Der Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen, Roland Jahn, hat gefordert, dass »Opfer der SED-Diktatur« auch nach 2019 Anträge auf Rehabilitation und Entschädigung stellen können. Hier müsse das Parlament aktiv werden, verlangte er am Dienstag in Berlin bei der Vorstellung des 13. Tätigkeitsberichtes seiner Behörde. Laut Stasiaktengesetz läuft die Möglichkeit Ende 2019 aus.

Der Bundesbeauftragte forderte darüber hinaus die Bereitstellung von Mitteln für die Schaffung von »zu-

kunfts-fähigen Strukturen« an allen zwölf Archivstandorten der Behörde. Seinem Bericht zufolge beantragten 2016 rund 48.000 Personen Einsicht in die Unterlagen. 2015 waren es noch rund 62.000 gewesen. (dpa/jw)

### Haftstrafen für Anschlag auf Sikh-Gebetshaus

**Essen.** Wegen des Sprengstoffanschlags auf ein Gebetshaus der Essener Sikh-Gemeinde hat das Landgericht Essen am Dienstag drei 17-jährige zu Jugendstrafen von sieben bzw. sechs Jahren und neun Monaten sowie sechs Jahren Haft verurteilt. Zwei Angeklagte wurde unter anderem versuchter Mord zur Last gelegt, dem dritten »Verabredung zum Mord«. Er war nicht am Tatort gewesen.

Bei der Explosion eines selbstgebastelten Sprengsatzes am 16. April 2016 hatte ein Priester der Sikh-Religionsgemeinschaft Brandverletzungen und einen offenen Knochenbruch erlitten, zwei weitere Männer trugen Schnittverletzungen davon. (AFP/jw)